



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
- L 21 -

Kiel, 14. Februar 2013
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1141
(0431) 988 1146
(0431) 988 1152
Fax (0431) 5300 4 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzb e r i c h t

über die

24. Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses

*am Mittwoch, dem 13. Februar 2013 ,
im Sitzungszimmer 122 des Landtages*

Beginn: 14:05 Uhr

Der Innen- und Rechtsausschuss führte eine mündliche Anhörung zum Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW zur Änderung des **Mitbestimmungsgesetzes Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/191](#), durch. Er nahm in Aussicht, seine Beratungen zu dem Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 27. Februar 2013 fortzusetzen.

Die Ausschussmitglieder schlossen ihre Beratungen zum Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW zur **Stärkung der kommunalen Bürgerbeteiligung**, [Drucksache 18/310](#), ab. Nach einer abschließenden Aussprache wurde zunächst der von der Fraktion der FDP vorgelegte Änderungsantrag, [Umdruck 18/820](#), mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimme der FDP abgelehnt. Auch der Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN in mündlich geänderter Fassung, [Umdruck 18/768](#), wurde mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimme der PIRATEN abgelehnt. Der ebenfalls mündlich ergänzte Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, [Umdruck 18/807](#), wurde mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN angenommen. In der Schlussabstimmung empfahl der Ausschuss dem Landtag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP, den Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen zur Stärkung der kommunalen Bürgerbeteiligung, [Drucksache 18/310](#), in der geänderten Fassung anzunehmen.

Unter dem Punkt **Verschiedenes** informierte die Vorsitzende den Ausschuss über ihr Gespräch mit Vertretern des Landesverfassungsgerichts am 11. Februar 2013.

Schluss: 17:15 Uhr

gez. Dörte Schönfelder